

# Pestalozzischule: Verein drohte mit Bürgerentscheid

Von Bernd Ehmler

**Bad Homburg.** Bis auf den letzten Platz war der Landgraf-Friedrich-Saal im Kurhaus besetzt. An die 350 Interessierten kamen zu der Bürgerversammlung, bei der es um den Bebauungsplan Nr. 99 „Neubau der Pestalozzischule am Bommersheimer Weg“ ging.

Stadtverordnetenvorsteher Franz-Josef Ament begrüßte die Anwesenden. Von Seiten der Stadt waren Oberbürgermeisterin Dr. Ursula Jungherr, Stadtrat Peter Vollrath Kühne und Stadtplaner Jürgen Hölz erschienen, für den Kreis kam der Leiter des Fachbereichs Hochbau, Bernhard Strauch.

Im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation erläuterte Jürgen Hölz, dass das in Frage kommende Ackergelände am Bommersheimer Weg seit 1975 als möglicher Schulstandort festgeschrieben sei. Schon 1960 gab es einen Flächennutzungsplan für das fragliche Gelände, in der Folge wurde 1975 ein neuer Flächennutzungsplan ausgewiesen, bei dem die Bauflächen nur für eine kirchliche Einrichtung, eine Schule oder einen Spielplatz genutzt werden dürfen. Der Bebauungsplan Nr. 93 aus dem Jahr 1997, der sich hinter dem Bebauungsplan Nr. 99 anschließt, soll das Gebiet Platzenberg schützen. Der Bebauungsplan Nr. 93 umfasst das Gebiet Grüner Weg, Weidebornweg, Kolberger Weg und Bommersheimer Weg. „Im Rahmen des Bebauungsplans Nr. 93 werden Festsetzungen getroffen, um vorhandene Nutzungen und Nutzungsformen, die mit den sonstigen Gebietsfunktionen im Einklang stehen, baurechtlich abzusichern und zu begrenzen“, so Jürgen Hölz. „Darüber hin-

aus soll der gesamte Geltungsbereich entsprechend seiner städtebaulichen und landschaftsökologischen Funktionen entwickelt werden.“

Hölz stellte im weiteren Verlauf seines Vortrags verschiedene Gutachten zu Klima, Lärm, Verkehr, Tierschutz („Hamster wurden nicht gesichtet“) und Elektrosmog vor, die allesamt die vorgeschriebenen gesetzlichen Grenzwerte nicht überschreiten würden. „Geeignete alternative Flächen sind im Stadtgebiet nicht zu finden gewesen“, erklärte Hölz, was von den Anwesenden mit Gelächter und Buh-Rufen bedacht wurde. Als alternative Standorte wurden die ehemalige Feuerwache, die Fläche der Georg-Kerschensteiner-Schule, das „Vickers“-Gelände in der Frölingstraße, das ehemalige Bundesausgleichsamt, die Wiesenstraße, Gelände am Massenheimer Weg und an der Seulberger Straße sowie das Gebiet „Am Hühnerstein“ untersucht.

Bernhard Strauch erklärte die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Neubaus der Pestalozzischule. „Die Einrichtung soll zudem zu einer Sprachheilschule ausgebaut werden“, so Strauch. Die erweiterten Aufgaben und neue Schulformen erforderten eine Neugestaltung der räumlichen Versorgung mit zusätzlichen Unterrichtsräumen, Fachräumen für neue pädagogische Aufgaben, Räume für den Ganztagesbetrieb sowie eine Verbesserung der Hallenversorgung für den Sportunterricht. Das würde bedeuten, dass die Schülerzahlen von derzeit 196 Schülern bis zum Jahr 2016 auf geschätzte 275 Schüler steigen werde. Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden“, so Strauch, „benötigen wir eine Fläche von 12 500 Quadratmetern.“ Der Kreis bevorzugt eine zweigeschossige Bauweise. Strauch erklärte, dass rund 34 Prozent der

Schüler aus Bad Homburg, zwölf Prozent aus Friedrichsdorf und rund 54 Prozent aus dem restlichen Kreisgebiet mit Sammeltaxis, Schulbussen oder zu Fuß kommen. Den Anwesenden rechnete er vor, dass dies täglich rund 180 Fahrbewegungen mehr in der Berliner Siedlung wären, was laut Gutachten vertretbar sei. Die Fertigstellung der Pestalozzischule ist für den Schuljahresbeginn 2011/2012 geplant.

Dann war Karin Spieß von der Bürgerinitiative „Der Platzenberg“ an der Reihe. Sie zeigte idyllische Bilder vom Platzenberg und fragte die anwesenden Politiker „Wollen Sie das zerstören?“ „Natürlich nicht“, antwortete Oberbürgermeisterin Dr. Ursula Jungherr, „außerdem habe ich kein einziges Bild von dem Acker gesehen, um den es geht!“

Ja, der Acker. Spieß bezweifelte die Verfügbarkeit des Ackers, weil sich ein Eigentümer weigere, sein Grundstück zu verkaufen. „Der Eigentümer wird sich jeglichem Ansinnen für den Verkauf mit allen gesetzlichen Mitteln zur Wehr setzen“, erklärte Spieß. „Am Platzenberg ist Grundeigentum nur über mehrjährigen Rechtsstreit mit ungewissem Ausgang zu erreichen!“ Die von Jürgen Hölz vorgelegte Gutachten bezweifelte sie und schlug als Alternative für die Pestalozzischule die alte Feuerwache in der Schwalbacher Straße vor. „An den Kriterien für den Standort am Bommersheimer Weg wurde manipuliert“, meinte Karin Spieß. Außerdem droht der BUND mit einer Klage beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof. Darüber hinaus seien 3000 Einwendungen im Rathaus übergeben worden. Spieß kündigte an, ein Bürgerbegehren zu erreichen. Dafür sind 3899 Befürworter erforderlich. „Ich bin davon überzeugt, dass wir so viele Stimmen zusammenbekommen“, sagte Spieß. Außerdem könnten die über 3000 Bürger, die

sich während der Offenlage des Bebauungsplans Nr. 99 gegen den Neubau der Förderschule ausgesprochen hätten, bei der nächsten Wahl des Oberbürgermeisters zum entscheidenden Zünglein an der Waage werden. „Die FDP, die BLB, die NHU – alle haben weniger als 3000 Stimmen erhalten“, sagte Spieß, „mit fehlenden 3000 Stimmen ist möglicherweise keine OB-Wahl zu gewinnen!“ Hölz erwiderte, dass von den 3000 Einwendungen 936 nicht aus Bad Homburg seien und auch Kinder unterschrieben hätten.

Zudem forderte Karin Spieß ein Sachverständigen Gutachten zu Verkehrsgefahren und nicht zum Lärm: „Wir sind um unsere Sicherheit besorgt!“

Dann hatten die Besucher die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Eine besorgte Mutter eines Pestalozzischülers meinte, die hier geführte Diskussion sei böse und diffamierend und forderte mehr Demokratieverständnis. Ein Vertreter des Vereins „Freunde der Erde“ stellte klar, dass auch sie Klage einreichen werden. Insgesamt bezogen sich die Fragen auf die Verkehrs- und Wohnsituation, auf die Standortauswahl und auf Alternativstandorte sowie auf den Artenschutz. „Kein Mensch ist gegen diese Schule“, so ein Besucher. „Wenn diese Schule wirklich dringend benötigt wird, sollen dann die rechtlichen Dinge nicht berücksichtigt werden und nicht drei Jahre oben drauf gesetzt werden, um rechtliche Dinge zu klären?“ Oberbürgermeisterin Dr. Ursula Jungherr will in Gesprächen zur Einigung kommen und zeigte sich dabei auch sehr zuversichtlich. Abschließend meinte Dr. Jungherr: „Der Bebauungsplan Nr. 99 schützt den Platzenberg. Sie müssen unterscheiden zwischen dem Platzenberg und dem Grundstück, um das es geht!“